

LÖHNE

# „Wir sind keine Geldmaschine“

IG-Metall-Chef Berthold Huber, 62, fürchtet, dass sich die Arbeitgeber von ihrer sozialstaatlichen Verantwortung verabschieden.

**SPIEGEL:** Herr Huber, die kleine Gewerkschaft der Flugsicherung kämpft für massive Lohnerhöhungen. Kann sie mit Ihrer Solidarität rechnen?

**Huber:** Generell haben Arbeitnehmer Anspruch auf Solidarität. Im besonderen Fall aber bin ich sehr zurückhaltend, weil sich diese Splittergewerkschaft um den Rest der Belegschaft auf dem Frankfurter Flughafen nicht kümmert. Mein Mitleid mit der Lufthansa hält sich allerdings auch in Grenzen, weil sie in der Vergangenheit die Zersplitterung der Arbeitnehmervertreter gefördert hat, um die Stärke der Vorläufergewerkschaft von Ver.di zu brechen. Die Geister, die sie rief, wird sie nun nicht mehr los.

**SPIEGEL:** Auch in der Metallindustrie gibt es hochspezialisierte Berufsgruppen. Haben Sie Angst, dass die sich von der IG Metall lösen, um auf eigene Faust mehr für sich herauszuschlagen?

**Huber:** Wir haben bis heute, Gott sei Dank, stabile Verhältnisse. Der Gedanke der Solidarität ist in der Industrie ausgeprägter als in den Dienstleistungsbranchen. Unsere Aufgabe ist es, ein Tarifwerk aufzubauen, in dem sich alle Gruppen wiederfinden. Und für besondere Gruppen, zum Beispiel die Betriebsfeuerwehren, schließen wir zusätzliche Vereinbarungen ab.

**SPIEGEL:** Muss der Gesetzgeber eingreifen, um zu verhindern, dass kleine Interessengruppen ihre Macht ausnutzen?

**Huber:** Er hätte es längst tun können, wenn sich die Regierung an Absprachen gehalten hätte. Die Haltung der IG Metall zur Tarifeinheit ...

**SPIEGEL:** ... wonach in einem Betrieb einheitliche Tarifverträge gelten ...

**Huber:** ... war immer klar. Ich habe im Jahr 2008 vier Wochenenden geopfert, um eine Lösung zu finden. Wir wollten, dass die Tarifverträge der Gewerkschaft gelten, die in einem Betrieb die meisten Mitglieder hat. Die Arbeitgeber lehnten das damals ab. Zwei Jahre später korrigierten sie ihre Haltung, aber da hatten wir eine andere Regierung. Mit der FDP konnte die Kanzlerin die Tarifeinheit nicht mehr durchsetzen.

**SPIEGEL:** Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hat jetzt aber eine gesetzliche Regelung angekündigt.

**Huber:** Dann soll sie es machen. Ich bin die ewigen Ankündigungen leid.



Gewerkschaftschef Huber

TIM WEGNER / DER SPIEGEL

## Neue Normalität

Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland

Vollzeitbeschäftigte, in Mio.



Veränderung 2011 gegenüber 1991

Teilzeitbeschäftigte, in Mio.



Anteil der atypisch Beschäftigten\* an abhängig Beschäftigten, in Prozent



Anteil atypisch Beschäftigter\* bei 15- bis 24-Jährigen, in Prozent



Veränderung 2007 gegenüber 1997

\* inkl. Leiharbeit

Quelle: IG Metall

**SPIEGEL:** Die IG Metall fordert in der kommenden Tarifrunde 6,5 Prozent mehr Lohn und argumentiert mit der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Ihr letzter Tarifvertrag wurde während der schweren Wirtschaftskrise abgeschlossen, es gab insgesamt 2,7 Prozent mehr Lohn, der Vertrag lief zwei Jahre. Wollen Sie einen Nachschlag für die dünnen Jahre?

**Huber:** Das ist kein Nachschlag.

**SPIEGEL:** Was dann?

**Huber:** Ich darf erinnern: Im Februar 2010 gab es wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage nur ein paar Euro Einmalzahlung und erst 2011 eine Erhöhung. Diesen Abschluss haben unsere Leute bis zum heutigen Tag akzeptiert, es gab während der Laufzeit dieses Tarifvertrags eben keine Nachschlagdebatte. Von Mitte 2010 an erholte sich die Wirtschaft unerwartet schnell. Das ist auch unser Verdienst, denn wir haben mit der Forderung nach Ausweitung des Kurzarbeitergeldes die Bedingungen für diesen V-förmigen Aufschwung erst geschaffen.

**SPIEGEL:** Und deshalb wollen Sie jetzt einen Nachschlag.

**Huber:** Sie verbeißen sich offenbar in diesen sachlich falschen Begriff. Aber zur Sache: Die Konjunkturzyklen sind unberechenbarer geworden, die wirtschaftliche Entwicklung ist viel volatil als früher. Der tiefe Einbruch nach der Pleite von Lehman Brothers im Jahr 2008 war genauso wenig vorauszusehen wie die schnelle Erholung ab dem zweiten Halbjahr 2010. Der Blick zurück muss also erlaubt sein. Er ist die logische Folge der sehr langen Laufzeit dieses Tarifvertrages in einer wirtschaftlich neuartigen Situation.

**SPIEGEL:** Die Arbeitgeber lehnen das ab.

**Huber:** Nur weil ihnen heute der Blick zurück nicht passt. 2010 war ihnen der Blick zurück dagegen sehr angenehm, als wir aus Sorge um die Arbeitsplätze und die Existenz der Betriebe einen sehr zurückhaltenden Abschluss gemacht haben.

**SPIEGEL:** 2008 forderten Sie acht Prozent, danach brach die Wirtschaft auf beispiellose Weise ein. Kann Ihnen das nicht wieder passieren, zum Beispiel wenn der Euro-Raum zerfällt?

**Huber:** Ich kann das nicht völlig ausschließen, aber wenn ich mir immer vor Augen halte, was passieren könnte, dürften wir gar keine Lohnerhöhungen mehr fordern.

**SPIEGEL:** Die Arbeitgeber wollen wegen der unsicheren Lage nicht länger Lohnrunden nach altem Muster führen. Statt dauerhafter Erhöhungen wollen sie die Löhne verstetigen, durch kräftige Einmalzahlungen in Zeiten der Hochkonjunktur und Nullrunden in der Krise.

**Huber:** So ein Unfug. Die Kosten für den Lebensunterhalt sind ja auch nicht verstetigt. Die Mieten steigen dauerhaft, die Preise für Lebensmittel und Benzin auch.

**SPIEGEL:** Ihre Blick-zurück-Politik wäre ein Novum in der Tarifgeschichte.



DANIEL KOPATSCH / DAPD

**Arbeiter bei Porsche in Stuttgart:** „Wir wissen, was wir verlangen können“

**Huber:** Ja Herrgott, wir hatten im vergangenen Jahr auch mit die höchsten Nettorenditen in der Geschichte. Da muss man doch auch die Leute anständig und fair behandeln. Porsche könnte mit seiner Nettoumsatzrendite von 20 Prozent locker zehn Prozent Lohnerhöhung zahlen. So geht es vielen. Dass wir nur 6,5 Prozent fordern, zeigt doch, dass wir uns an der Breite der Betriebe orientieren und nicht überschnappen. Wir wissen, was wir verlangen können, und wollen niemanden überfordern. Ich möchte nicht noch mal mit Vollgas in die Garage fahren wie 2008.

**SPIEGEL:** Kritischer als Ihre Lohnforderung sehen die Arbeitgeber Ihre zusätzlichen Forderungen nach unbefristeter Übernahme aller Auszubildenden und mehr Mitbestimmung beim Einsatz von Leiharbeit.

**Huber:** Wir wollen, dass die jungen Leute Sicherheit haben. Wir akzeptieren keine weitere Probezeit nach der Ausbildung. Das gilt aktuell für rund zwei Drittel der Auszubildeten in der Metall- und Elektroindustrie. Insgesamt bewegen sich weit über 30 Prozent der unter 25-Jährigen heute nach ihrer Ausbildung dauerhaft in befristeten Verträgen, in Leiharbeit oder Werkverträgen. Das geht so nicht weiter.

**SPIEGEL:** Wollen Sie Unternehmen, die über Bedarf ausbilden, zwingen, über Bedarf einzustellen?

**Huber:** Natürlich nicht, aber der Betriebsrat muss mitreden können. Er kann be-

urteilen, ob das wirklich so ist oder nur vorgeschoben wird. Generell gilt: Wir möchten, dass die jungen Leute in stabile Arbeitsverhältnisse kommen und nicht eine Prekariatskarriere über 10, 20 Jahre und länger erdulden müssen.

**SPIEGEL:** Wird sich das Problem durch die demografische Entwicklung nicht von allein lösen? Junge Arbeitskräfte werden doch in Zukunft Mangelware sein.

**Huber:** Tatsache ist, dass die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse zugenommen hat, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten seit Anfang der neunziger Jahre von 29,4 auf 23,9 Millionen zurückgegangen ist. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Außerdem gibt es immer mehr Werkverträge ...

**SPIEGEL:** ... wobei viele Arbeiten von Fremdfirmen erledigt und so die Regelungen für Leiharbeiter ausgehebelt werden.

**Huber:** Ich fürchte, dass diese Entwicklung weitergeht. Die Modelle, die im Arbeitgeberlager diskutiert werden, laufen auf immer kleinere Stammebelegschaften hinaus.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie diese Entwicklung stoppen?

**Huber:** Das ist eine Sisyphos-Arbeit, dieser Kampf wird niemals aufhören. Aber die Frage des stabilen Arbeitsvertrags ist eine der zentralen Zukunftsfragen, weit über Deutschland hinaus. Ich fürchte, dass die Sozialpflichtigkeit des Eigentums auf-

gekündigt wird, wenn die Arbeitgeber sich für immer weniger Menschen verantwortlich fühlen. Es wäre fatal, wenn das produzierende Gewerbe dem Beispiel der Finanzindustrie folgen würde – ohne nationale Grenzen, ohne Regeln, ohne Einschränkungen.

**SPIEGEL:** Löst sich das einst sozialpartnerschaftliche Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland auf?

**Huber:** Sozialstaatlich gefällt mir besser als sozialpartnerschaftlich. Tendenziell löst es sich auf, ja. Aber es ist noch nicht so erodiert, dass es sich nicht retten ließe. Wir brauchen für unsere innovative und engagierte Qualitätsarbeit eine feste Bindung zwischen Unternehmen und Beschäftigten.

**SPIEGEL:** Hochqualifizierte Stammebelegschaften sind doch der Kern der deutschen Industrie und ihres Erfolgs. Unterstellen Sie den Arbeitgebern, dass die das leichtfertig aufs Spiel setzen?

**Huber:** Ich unterstelle niemandem etwas. Aber ich konstatiere, dass die Zahl der prekären Arbeitsplätze massiv zugenommen hat und weiter zunimmt.

**SPIEGEL:** In der Metallindustrie sind zehn Prozent der Beschäftigten Leiharbeiter. Bekommen Sie nicht Probleme mit den Stammebelegschaften, wenn Sie sich so stark für diese Minderheit einsetzen – möglicherweise zu Lasten Ihrer klassischen Klientel?

GEWERKSCHAFTEN

# Abgestürzt

Am Frankfurter Flughafen kulminiert ein Grundsatzstreit um die Tarifeinheit. In der Berliner Regierung wächst derweil der Wunsch, Minigewerkschaften neue Grenzen zu setzen.

**Huber:** Viele der sogenannten Stamm-beschäftigten haben im eigenen Familienkreis Erfahrung mit prekärer Arbeit gemacht. Und die Menschen schauen auch nicht nur auf ihren eigenen Geldbeutel. Sie finden es unfair, wenn ihr Kollege, der das Gleiche macht wie sie, nicht einmal die Hälfte ihres Lohns bekommt.

**SPIEGEL:** Die Unternehmer argumentieren, dass sie die Leiharbeit brauchen, um flexibel und wettbewerbsfähig zu sein.

**Huber:** Ein Drittel der Unternehmen kommt auch ohne Leiharbeit gut zurecht. Aber ich will Leiharbeit ja nicht verbieten, ich will sie begrenzen und die Konditionen verbessern. Ich akzeptiere nicht, dass Stammbeschäftigten verdrängt werden und Leiharbeit zum Lohn-Dumping eingesetzt wird.

**SPIEGEL:** Ihre Forderungen stoßen auf erbitterten Widerstand. Rechnen Sie mit einem Streik?

**Huber:** Ich rede erst über einen Streik, wenn die Verhandlungen gescheitert sind. Aber wenn die Arbeitgeber beim Thema Auszubildende auf ihrem Herr-im-Hause-Standpunkt nach dem Motto „Ich bestimme selbst, wen ich übernehme“ beharren, wird es schwierig.

**SPIEGEL:** Glauben Sie, dass Sie Ihre Leute auf die Straße bekommen für dieses Thema, wenn Ihnen die Arbeitgeber beim Thema Lohn entgegenkommen?

**Huber:** Ja, die IG Metall ist keine reine Geldmaschine. Ich habe Vertrauen in meine Kolleginnen und Kollegen. Sie wollen Gerechtigkeit nicht nur für sich selbst.

INTERVIEW: ARMIN MAHLER, JANKO TIETZ

Als die Nachricht von der Niederlage kommt, serviert der Kellner im „Siedlerhaus“ Vanilleeis mit Sahne. Die Gaststätte in Kelsterbach ist das Streiklokal der Vorfeldmitarbeiter des Frankfurter Flughafens. Es ist Mittwoch vergangener Woche, und gut 13 Kilometer entfernt hat das Arbeitsgericht gerade entschieden, dass die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) ihren Ausstand beenden muss. Die Lotsen müssen zum Dienst. Sofort.

Das Urteil beendete – zumindest vorläufig – den Arbeitskampf David gegen Goliath. Der Richter schlug sich auf die Seite des Riesen Fraport, Betreiberfirma des Flughafens. Die kleine Fluglotsen-Gewerkschaft hatte sich verzockt. Das Chaos an dem internationalen Drehkreuz war weitgehend ausgeblieben, der Streik wurde juristisch gestoppt, die Öffentlichkeit zeigte sich verärgert.

Trotzdem markiert der Konflikt einen Wendepunkt. Denn er wirft grundlegende Fragen zum Tarifsystem und zu den Rechten von Gewerkschaften auf und setzt vor allem die Politik unter Druck.

Der schwarz-gelben Koalition droht ein Streit über die Frage, ob sie die Rechte von Spartengewerkschaften gesetzlich beschneiden soll. 2010 hat das Bundesarbeitsgericht die Rechte der kleinen Gewerkschaften gestärkt und sich von dem 60 Jahre gültigen Prinzip der Tarifeinheit verabschiedet. Dies besagte im Grundsatz: „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“.

Gemeinsam starteten DGB-Gewerkschaften und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände daraufhin eine Initiative, die ein Gesetz forderte, um die Tarifeinheit wiederherzustellen. Die Gewerkschaften treibt die Sorge, besonders streikfähige Berufsgruppen könnten sich aus der Solidarität verabschieden. Die Arbeitgeber wiederum fürchten, dass in den Betrieben künftig keine Ruhe mehr einkehre, weil ständig ein Tarifvertrag auslaufe.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte bereits 2010, sie sei „persönlich überzeugt, dass es eine Regelungsnotwendigkeit gibt“, und stellte eine schnelle Lösung in Aussicht. Doch geschehen ist nichts. Denn ein solches Gesetz stößt bei



Jets auf dem Flughafen Frankfurt am Main, Arbeitsministerin von der Leyen: Es geht nicht mehr darum, ob eine gesetzliche Lösung kommt,